



Islamistische Kämpfer mit Koran: Junge Männer, die Mitbürgern mit der Kalaschnikow einbläuen, was rein und was unrein ist

BABA AHMED / AP

MALI

In der Hölle von Kidal

Seit Monaten terrorisiert ein islamistisches Regime den Norden des Landes. Hunderttausende sind bereits geflohen. Jene, die blieben, erleben täglich neue Grausamkeiten. Ein Reisebericht aus dem Reich des Bösen

Der Norden Malis ist für Journalisten kaum zugänglich. Seit das Land, das bis dahin als Musterstaat Afrikas galt, im vergangenen Frühjahr von Islamisten überrannt wurde, gilt dort die Scharia. Die Fundamentalisten steinigen Ehebrecher, amputieren Gliedmaßen und unterdrücken jede Opposition. In Timbuktu ließen sie Grabmäler, die als Weltkulturerbe anerkannt sind, zertrümmern.

Paul Hyacinthe Mben, 39, Journalist in der noch freien Hauptstadt Bamako und Mitarbeiter des SPIEGEL, hat sich trotzdem dorthin gewagt. Wochenlang verhandelte er vor der Reise mit islamistischen Anführern über freies Geleit. Im Gegenzug ließ er sich auf bestimmte Bedingungen ein: Während seines fast dreiwöchigen Aufenthalts im Norden musste er die Kleiderordnung der neuen Macht-

haber befolgen, er musste sich etliche Male durchsuchen und verhören lassen. Niemals aber gab er seinen Gesprächspartnern preis, wo er übernachtete, nie blieb er zwei Tage am selben Ort. Ständig lebte er in der Angst, entführt zu werden. Kaum war er wieder zu Hause in Bamako, erfuhr er, dass ihm im Norden sieben bewaffnete Kämpfer gefolgt seien, die ihn festnehmen wollten.

Ein Kontrollpunkt ist das Erste, was vom Reich der neuen Herrscher zu sehen ist. An der Straße nach Gao hat die Islam-Polizei einen Checkpoint errichtet: Halbwüchsige posieren breitbeinig mit ihren Kalaschnikows an der Sperre. Der Älteste von ihnen wiederholt immer wieder über ein Megafon: „Keine Zigaretten, keine CDs, keine Radios, keine Kameras, kein Schmuck“ – es ist eine Endlosschleife von Verboten, alles „haram“, alles unrein, mit der diese Reise in den Norden beginnt. Die Männer halten Wache im Namen des Propheten.

Mit herrischen Gesten stoppen sie die wenigen Überlandbusse, die noch aus dem Süden Malis kommen. Einer von ihnen kontrolliert, die Waffe im Anschlag, den Mittelgang der Busse: Sitzen die Frauen auch getrennt von den Männern? Tragen sie den Hidschab? Und die Männer Hosen, die kaum bis zum Knöchel reichen? Solche Beinkleider soll auch der Prophet bevorzugt haben, glauben radikale Muslime. Sie sind jetzt Pflicht in Gao.

Fahrer und Gäste lassen die Prozedur schweigend über sich ergehen. Aus der Hintertür springt der Kontrolleur, die Kalaschnikow voran, wieder ab: „Salam alai-kum“, der Bus kann passieren.

Mali ist seit April ein geteiltes Land: Im Norden haben Islamisten ein Gebiet größer als Frankreich in ihre Gewalt gebracht, im Süden herrscht eine Regierung, die unfähig ist, sich zu wehren.

In nur wenigen Wochen hatten im Frühjahr Kampfverbände des Tuareg-Volkes die malische Armee aus den nördlichen Regionen vertrieben. Sie riefen den Tuareg-Staat Azawad aus, den keine Regierung der Welt anerkannt hat.

Dann kamen die Islamisten, bestens bewaffnet aus der Konkursmasse des Gaddafi-Regimes im nahen Libyen und gut vernetzt mit Kämpfern der Qaida, die seit Jahren im Maghreb und in Ländern der Sahelzone ein sicheres Rückzugsgebiet gefunden hat.

Wer von den Tuareg nicht zu den Islamisten übergelaufen ist, wurde vertrieben, die Spuren der Kämpfe haben sich in die Fassaden der Häuser von Gao eingebrannt: Überall sind Einschusslöcher zu sehen, Ruß und bröckelnde Mauerteile. Die Welt sorgt sich um Mali, groß ist die Angst vor einem zweiten Somalia, einem zweiten Afghanistan.

Der Uno-Sicherheitsrat hat im Grundsatz bereits einen internationalen Einsatz gegen den Norden genehmigt. Die EU hat beschlossen, Militärberater zu schicken. Und die USA erwägen angeblich sogar, ferngesteuerte Drohnen im Kampf gegen die Islamisten-Führer einzusetzen. Der Norden Malis, fünf Flugstunden von Paris entfernt, dürfe keine Brutstätte des Terrorismus, kein neues Somalia werden, so Außenminister Guido Westerwelle. Seine US-Kollegin Hillary Clinton glaubt,

dass die Attentäter, die vor sieben Wochen den amerikanischen Botschafter im libyschen Bengasi umgebracht haben, Hintermänner in Mali hatten.

Seit die Islamisten in Gao regieren, ist die Farbe aus der 100 000-Einwohner-Stadt gewichen: Einst war sie Etappe für Touristen auf dem Weg nach Timbuktu, nun sind die Straßenstände verschwunden, die Bars und Restaurants vernagelt, Musik ist verboten. In weißen arabischen Schriftzeichen auf schwarzem Grund haben die neuen Machthaber an den Straßenecken ihr Glaubensbekenntnis angebracht: „Es gibt keinen Gott außer Allah, und Mohammed ist sein Gesandter.“

Vor allem aber gibt es keine Müllabfuhr mehr, Abfälle modern bei 40 Grad Hitze auf der Straße vor sich hin. 400 000 Menschen sind bisher vor den Islamisten geflüchtet. Meist sind es die besser ausgebildeten, Ingenieure zum Beispiel, die das Elektrizitätswerk in Betrieb gehalten



haben und die Wasserwerke. Die ausländischen Entwicklungshilfeorganisationen sind gegangen und die Beamten der Regierung, die gerade ein neues Straßenbauprogramm umsetzen sollten.

„Gao ist eine tote Stadt“, sagt der Mechaniker Allassane Amadou Touré, der im Schatten Tee trinkt. Auch er hat keine Arbeit, die Wirtschaftsleistung Gaos sei seit dem Frühjahr um „85 Prozent eingebrochen“, sagt er.

Die Islam-Polizei ist zum größten Arbeitgeber der Stadt geworden. Sie residiert ausgerechnet in der Washington-Straße in Gaos Zentrum. Von hier schwärmen sie aus, meist junge Männer, halbe Kinder noch, die ihren Mitbürgern mit der Waffe in der Hand einbläuen, was „haram“ oder was „halal“, also rein, ist.

Bis vor kurzem wurden in der Washington-Straße auch die Urteile der Scharia-Justiz vollstreckt. Inzwischen ist die Islam-Polizei vorsichtiger geworden. Seit es einer aufgebrachten Menge mehrmals gelang, Verurteilte vor dem Scharfrichter zu retten, werden Hände und Füße nun im Verborgenen abgehackt.

Eine ehemalige Militärbasis außerhalb der Stadt dient dem Scharia-Gericht zur Vollstreckung der grausamen Strafen. Eines ihrer Opfer ist an diesem Tag Alhassane Boncana Maiga; der Mann wurde für schuldig befunden, Rinder gestohlen zu haben. Maiga trägt ein weißes Gewand, vier Wachen zerren ihn in einen düsteren Raum und fesseln ihn auf einen Stuhl. Nur eine Hand bleibt frei, ein Arzt setzt eine Spritze gegen die Schmerzen.

Dann zieht der oberste Scharfrichter Omar Ben Saïd ein Messer aus der Scheide: „Im Namen des Gütigen und Barmherzigen“, ruft er, nimmt die Hand des Verurteilten und beginnt zu schneiden, Blut spritzt. Es wird mühsam, als Saïd den Knochen erreicht. Erst nach drei Minuten fällt die Hand schließlich in einen Eimer. Der Scharfrichter greift zum Handy und ruft seinen Vorgesetzten an: „Der Mann ist bestraft.“

Maiga hatte die Augen die ganze Zeit geschlossen, er hat nicht geschrien, jetzt führen sie ihn in einen Nebenraum. Dort wird er verbunden – und nach 15 Minuten taumelnd auf die Straße entlassen. „Ich bin unschuldig“, sagt er, „was soll ich jetzt tun, arbeiten kann ich nicht mehr.“

Einige Tage später ist er tot, wahrscheinlich verblutet, vielleicht von einer Infektion dahingerafft.

Einer der Hauptverantwortlichen für den Terror der Islamisten heißt Iyad Ag Ghali und wohnt in Kidal, 320 Kilometer nordöstlich von Gao. Ag Ghali empfängt in einem prächtigen Haus nahe dem Flughafen, auf dem jetzt keine Maschinen mehr landen. Er ist ein kleiner Mann mit langem Bart und Sonnenbrille. Ständig umringt ihn ein Pulk Schwerbewaffneter der Gruppe Ansar al-Din, das heißt so viel wie „Verteidiger des Glaubens“.

Die Truppe ist neu. Bis zum vergangenen Jahr war Ag Ghali noch als führender Tuareg-Separatist bekannt. Mal setzte er auf Dialog mit der Hauptstadt Bamako im Süden, mal auf einen eigenen Staat. Ag Ghali galt als jemand, der gern raucht und trinkt. Weil er aber vor allem als unzuverlässig galt, stellten ihn die Tuareg-Rebellen im November vergangenen Jahres politisch kalt. Das war wohl der Moment, als Ag Ghali den Islamismus für sich entdeckte.

Fortan forderte er nicht mehr einen Tuareg-Staat, sondern die Scharia: „Alle, die nicht auf Allahs Pfaden wandeln, sind Ungläubige.“ Der Wandel sicherte ihm die Unterstützung der Qaida und anderer Extremisten aus dem Maghreb.

Zudem mischt seine Truppe beim Drogenhandel in der Sahara mit: Südamerikanische Kartelle liefern dabei Kokain per Schiff nach Guinea-Bissau. Von dort geht es zu Land weiter nach Norden, den Transport besorgen – gegen einen großzügigen Gewinnanteil – Rebellen, Revolutionäre

Soldaten in Sandalen

Die EU will mit einer Militärmission der malischen Armee helfen, den abtrünnigen Norden zurückzuerobern. Franzosen und Amerikaner operieren seit Jahren in der Region – ohne Erfolg.

Wenn der französische Außenminister sich im EU-Rat zu Afrika äußert, hören die Kollegen aus den anderen Hauptstädten Europas besonders genau hin. Schließlich gelten die Diplomaten aus Paris wegen der kolonialen Vergangenheit Frankreichs auf dem Schwarzen Kontinent als ausgewiesene Experten.

So war es auch am Montag vor zwei Wochen, als die EU-Außenminister in Luxemburg zusammenkamen, um über die Spaltung des westafrikanischen Mali zu beraten. Mit drastischen Worten warnte der französische Außenamtchef Laurent Fabius vor der „terroristischen Gefahr“, die sich im Norden des Landes entwickle. Er warb für eine EU-Militärmission. „Europa kann da nicht einfach zusehen“, sagte Fabius.

Ähnlich hatte zuvor bereits der französische Präsident François Hollande auf Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeredet. Was die Pariser Politiker gern verschweigen: Frankreich kämpft seit Jahren gegen den islamischen Fundamentalismus im Sahel. Mit eigenen Elitesoldaten, mit Ausbildern für die malische Armee, mit Geld und Material – vor allem aber: ohne Erfolg.

Kaum hatte Merkel am vergangenen Montag vor hochrangigen Offizieren in Strausberg eine Art Marschbefehl erteilt („Die Streitkräfte Malis brauchen Unterstützung“), begann im politischen Berlin die Debatte. Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) warnte vor einem „zweiten Afghanistan“ und sieht im Sahel ein „fundamentales Interesse Deutschlands“ gefährdet. Verteidigungschef Thomas de Maizière (CDU) war zurückhaltender, stimmte seine Generale aber darauf ein, dass selbst eine Ausbildungsmission „ein paar Jahre“ dauern könne. Militärs wie der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, sahen das große „Risiko, dass daraus ein bewaffneter Konflikt wird“.

Skepsis herrscht auch im Bundestag. „Nichts überstürzen“, mahnt CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn. „Wir sollten erst selber sagen, was wir in Mali wollen, bevor wir den Pariser Interessen hinterherlaufen“, sagt FDP-Kollegin Elke Hoff.

Tatsächlich treiben vor allem die Franzosen eine Militärmission mit Macht voran. Seit Jahren schon sieht der Elysée französische Interessen in der Sahelzone bedroht. Entführungen von französischen Staatsbürgern, Erschießungen – schon für Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy war diese Region eine der wichtigsten außenpolitischen Herausforderungen. Im Juli 2010 hatte der damalige Premierminister François Fillon verkündet: „Wir befinden uns im Krieg mit al-Qaida im islamischen Maghreb.“

Inzwischen fürchtet sich auch die übrige westliche Welt vor der Entwicklung im geteilten Mali. Im Norden des Lan-

„Wir sollten erst selber sagen, was wir in Mali wollen, bevor wir Paris hinterherlaufen.“

des haben Islamisten die Macht an sich gerissen, ein archaisches Rechtssystem mit Steinigungen, Auspeitschungen und Amputationen etabliert und Hunderttausende in die Flucht getrieben.

Die Übergangsregierung in Bamako rief um Hilfe, ebenso die Afrikanische Union und die westafrikanische Staatengemeinschaft Ecowas. Selbst der Unosicherheitsrat billigt eine Intervention.

Nach dem Willen Frankreichs und der USA soll sich daran die gesamte EU beteiligen. Die Bundesregierung bereitet sich darauf vor, mehrere Dutzend Soldaten zu schicken. Er könne nicht ausschließen, dass sie auch ihre Waffen einsetzen müssten, sagt Verteidigungsminister de Maizière.

In Brüssel werden die Planungen mit großer Diskretion behandelt. In einem achtseitigen vertraulichen Papier beschreibt Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die Einsatzoptionen. Die Lage in Mali stelle „eine unmittelbare Bedrohung der allgemeinen Sicherheit der Europäischen Union“ dar, heißt es darin. Es bestehe die Gefahr von Terroranschlägen auf europäischem Boden.

Europäische Kampfverbände, darin sind sich die Militärexperten einig, sollen vorerst nicht in Mali eingreifen. Die EU will Ausbilder und Geld schicken und mit militärischem Material und Aufklärungsbildern helfen. Doch reicht das? Können EU-Ausbilder die Ecowas-Truppen und die malischen Soldaten so aufbauen, dass die Islamisten aus der Region verschwinden?

Um die Situation zu stabilisieren, versuchen französische und US-Fachleute seit Jahren, die Armee von Mali in einen besseren Zustand zu versetzen. Es war ein eher erfolgloses Unterfangen, wie im vergangenen März der Sturz des Präsidenten Amadou Touré durch das Militär zeigte. Kurz danach erklärte der Norden seine Unabhängigkeit.

Aus Berichten der US-Botschaft in Bamako, die von der Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlicht wurden, geht hervor, in welch desolatem Zustand sich die malische Armee befindet. Die Führungsoffiziere zeigten an vielem Interesse – nur nicht an einer schnellen Verbesserung der Kampfkraft ihrer Soldaten. Schlechtausgerüstete Soldaten von Eliteeinheiten auf Sandalen, demoralisierte Truppen aus dem Süden, die keine Lust hatten, sich im Norden verheizen zu lassen, fehlende Übungsmunition – die Liste der Versäumnisse und Handicaps ist lang.

US-Beobachter, die einen Militärposten im Norden Malis besuchten, erblickten ein Bild des Jammers: „Die Lebensbedingungen auf der Basis sind extrem. Das Essen besteht aus sandigem Reis mit einer Soße aus Bohnen. Fleisch gibt es nur in Ausnahmefällen.“ Die Lage sei „einfach schlimm, es gibt keine Dächer über dem Kopf, die Soldaten schlafen unter ihren Fahrzeugen, und oft fehlt es auch an Trinkwasser“.

Nun sollen diese Soldaten nicht zuletzt von Bundeswehrausbildern auf ein Niveau gehoben werden, auf dem sie gegen die hochgerüsteten Wüstenkrieger bestehen können. In Brüssel arbeiten Militärs und Sicherheitsexperten mit Hochdruck an den Vorbereitungen für den Einsatz. Drei Varianten sind in der engeren Wahl:

► eine Beratungsmission, im Brüsseler Fachjargon EUSEC genannt. Sie soll malische Offiziere und Unteroffiziere in drei Militärschulen unterrichten, darunter in der Stadt Gao im Norden, die sich derzeit in der Hand der Islamisten befindet. Die Zahl der benötigten EU-Militärs wird auf einige Dutzend geschätzt. Zudem soll die Arbeit des Generalstabs professionalisiert werden;



HABIBOU KOUYATE / AFP

Militär im westafrikanischen Mali: „Die Lebensbedingungen sind extrem“

► eine Ausbildungsmission (EUTM). Hierfür würden rund 150 Ausbilder mindestens zwei Jahre nach Mali geschickt. Sie würden an vier Standorten jeweils ein Bataillon (bis zu 800 Soldaten) trainieren. Zudem erwägen die Europäer, eine Eliteeinheit auszubilden, die den Kampf im Norden anführt;

► eine Ausbildungsmission mit Beteiligung an Kampfhandlungen (EUTM+). Sie würde die malischen Einheiten nach deren Ausbildung in die Kampfzone begleiten. Hierfür würde die EU 400 bis 500 eigene Soldaten entsenden. Diese würde laut EU „eine militärische Präsenz im Feld mit direkter Verwicklung in die Kämpfe“ bedeuten.

Das Problem dabei: Die EU-Regierungen wollen das Risiko für ihre Soldaten auf ein Minimum begrenzen. Ein solcher Minimaleinsatz jedoch würde „kurzfristig wenig Wirkung“ entfalten, warnen die Experten des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

Auch sonst sind die Zweifel erheblich. „Eine militärische Intervention birgt

enorme Gefahren“, sagt Philippe Hugon, Forschungsleiter am Institut für Internationale und Strategische Beziehungen in Paris. „Selbst nach einer Rückeroberung des Nordens wären die Folgen eines Militäreinsatzes für das Land nicht absehbar.“

Selbst die Tuareg, die derzeit massiv unter den Islamisten leiden, warnen. Ihre Vertreter berichteten vergangene Woche vor EU-Parlamentariern in Straßburg, dass al-Qaida im Norden des Landes nicht mehr hoch im Kurs stehe. Eine vom Westen unterstützte Offensive könnte al-Qaida neu beleben.

So droht der Misserfolg einer Mission, zumal die Zeit davonläuft. Wenn die malische Armee und die westafrikanische Eingreiftruppe noch vor der heißen Sommerzeit im Norden einmarschieren wollen, müssten die Europäer im Winter mit der Ausbildung beginnen. Sollte sich der Einsatz aber verzögern, hätten die Islamisten reichlich Zeit, ihre Stellungen weiter auszubauen.

HORAND KNAUP, GORDON REPINSKI,
CHRISTOPH SCHULT

und Banditen, wie die Kämpfer von Ansar al-Din. Eine weitere Einnahmequelle der „Verteidiger des Glaubens“ sind Entführungen. Als Mitte Oktober die Uno einem Einsatz in Nordmali zustimmte, drohte Ansar al-Din, französische Geiseln, die sie in ihrer Gewalt hält, umzubringen.

Iyad Ag Ghali gibt sich wortkarg gegenüber dem Besucher: „Willkommen in der islamischen Stadt Kidal“ ist das Einzige, was er sagt, dann steigt er in seinen Geländewagen und braust samt Entourage davon.

Kidal heißt einen nicht wirklich willkommen: Durch die Straßen patrouillieren die Pick-ups der Islam-Polizei, die Hälfte der Einwohner ist nach Mauretanien oder Niger geflohen. Der Markt ist geschlossen. Frauen dürfen sich nicht mehr allein bewegen in der Stadt.

Die Männer mussten sich einen Bart wachsen lassen. Wer dem Ruf des Muezzin zum Gebet nicht folgt, wird ausgepeitscht oder für drei Tage ins Gefängnis gesteckt. Radiohören ist verboten, die neuen Machthaber haben die Satellitenschüsseln auf den Dächern einfach abgesägt.

Unter einem Baum döst Yacouba Mahamane Maiga. Er trägt ein verwaschenes

T-Shirt und kurze Hosen – bevor die Islamisten nach Kidal kamen, war er einer der reichsten Männer der Stadt.

„Ich kann das hier alles nicht mehr ertragen“, sagt er und ballt die Faust in Richtung der Jungens mit den Kalaschnikows. Vor der Machtübernahme hatte sein Bauunternehmen den Zuschlag für das neue Gefängnis und das neue Gericht bekommen, millionenschwere Staatsaufträge. Umgerechnet 1,5 Millionen Euro steckte Maiga in neue Bagger und Kräne.

Doch seit die Islamisten da sind, wird nicht mehr gebaut in Kidal. Maiga muss nun tatenlos herumsitzen und dem Verfall seines Landes zusehen; seine Maschinen bedeckt der Wüstenstaub, seine Angestellten sind geflüchtet. „Mein ganzes Leben habe ich mit diesen Händen gearbeitet“, sagt er, „diese blöden Salafisten.“ So richtig ernst nehmen kann er sie nicht, er nimmt ihnen ihre Frömmigkeit einfach nicht ab, Banditen seien das, sagt er, keine Gotteskrieger.

Tiraden in der Öffentlichkeit können gefährlich sein. Die Islam-Polizei ist überall, aber Maiga gibt sich keine Mühe mehr, seinen Zorn zu verbergen: In Mali leben mehr als zwanzig Volksgruppen, wohnten Muslime, Christen und Animisten bisher friedlich nebeneinander. Religion sei immer Privatsache gewesen. Maiga ist sich sicher, dass die Islamisten keinen Rück-



Ansar-al-Din-Anführer Ag Ghali
Gewinne aus dem Drogenhandel

halt in der Bevölkerung haben, die Menschen in Kidal seien es satt, sagt er, sich von Halbwüchsigen gängeln zu lassen.

Die Apothekerin Maimouna Wallet Zeidane gehört zu jenen, die den überall wachsenden Widerstand organisieren wollen. Sie ist 27 Jahre alt; als es noch erlaubt war, hat sie viel Sport getrieben und mit ihrem Freund eine helle Zweizimmer-Wohnung im Stadtteil Etambar geteilt.

Nun ist sie allein: Weil sie unverheiratet zusammenlebten, wollten die Ansar-al-Din-Schergen ihrem Partner die Hand abhacken. Der hat sich inzwischen nach Algerien abgesetzt. „Wir leben im Jahr 2012. Wie kann man versuchen, die Zeit in die

Epoche des Propheten zurückzudrehen?“, fragt Zeidane.

Zu Hause trägt sie Jeans und T-Shirt, draußen würde sie sich mit dieser Kleidung Stockhiebe einhandeln. Im Wohnzimmer hat sie Papier ausgebreitet und begonnen, Parolen aufzumalen: „Islamisten = Drogenhändler“, steht da zum Beispiel.

Es klopft an der Tür, hektisch rafft sie ihre Transparente zusammen: „Wenn die Islam-Polizei das hier findet, brennt sie mein Haus nieder.“ Sie wirft sich einen Schleier über und öffnet die Tür, erst einen Spalt, dann ganz: Drei Mitstreiterinnen betreten die Wohnung. „Kidal-Amazonen“ haben sie sich genannt. 250 Frauen seien sie schon, und bei jeder Demonstration würden es mehr, sagen sie.

In ein paar Tagen werden sie wieder auf die Straße gehen, werden ihre Transparente hochhalten, mitten in der islamischen Stadt Kidal. Sie werden Schläge riskieren, jede mindestens 40 mit Stock oder Peitsche, sie werden ins Gefängnis gehen.

Aber Zeidane ist entschlossen, dieses Risiko einzugehen, die Islamisten haben ihr Leben zerstört, sie hat keine Angst mehr vor den Männern mit den Bärten und Gewehren: „Sie sollen alle in der Hölle brennen.“

PAUL HYACINTHE MBEN

WE MAKE EFFICIENCY WORK

Frank Meyer arbeitet bei Bilfinger. Er zeigt sich von seiner starken Seite, wenn es darum geht, ein Rohr mit einer 120 Millimeter dicken Wand zu biegen – auf den Millimeter genau. Bilfinger entwickelt, fertigt und montiert hochwiderstandsfähige Rohrleitungssysteme, die besonders hohen Temperaturen und hohem Druck standhalten. Auf diese Weise verleihen wir einem Kraftwerk noch mehr „Kraft“ – und Effizienz. www.bilfinger.com

 **BILFINGER** **ENGINEERING
AND SERVICES**